# Aufwärts

**Bezugspreis:**
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

**Christliches Tageblatt**
**mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."**

**Anzeigenpreis:**
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 10. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 12. Januar 1933. | 15. Jahrgang.


**Am meisten ist und wahrsten der mein Freund,**
**Der warm, nicht heiß, das Gute, das ich habe,**
**Und streng nicht, doch genau den Fehl auch sieht.**
Klopstock.

## Zwischen Preußen und dem Reich.

Die Verfassung ist die Form, in der sich das Leben eines Volkes betätigt. Die Verfassungsfrage ist eine Lebensfrage für ein Volk. Der Erfolg der Politik und das Gedeihen der Wirtschaft hängt davon ab, daß diese Frage richtig gelöst ist. Ein wesentliches Stück der Verfassungsfrage liegt aber für das deutsche Volk beschlossen in dem Problem, das das Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich darstellt. Darum wird unser politisches und wirtschaftliches Leben erst zur Ruhe kommen, wenn dieses Problem eine wirkliche Lösung gefunden hat. Es ist gut, wenn immer wieder an diesem Problem herumgedacht wird.

Das Problem Reich-Preußen kann seine Lösung vor allem in drei Richtungen finden.

Die erste Lösung würde darin bestehen, daß man Preußen in lauter einzelne Teile zerlegt und zwar in Teile, die ihrer Größe nach etwa den übrigen Ländern entsprechen müßten. Diese würden dann ihrer Bedeutung und Stellung nach zu ebensolchen Reichsländern werden, wie sie Bayern, Baden und die anderen Länder jetzt sind. Für diese Lösung scheint schlechthin überzeugend eine Tatsache zu sprechen, die Tatsache, daß Preußen im Lauf der Geschichte aus verschiedenen Gebieten zusammengefügt worden ist. Diese Gebiete sind in sich noch heute nach Stammesart und Wirtschaft sehr verschieden. Zwischen einem Rheinländer und einem Ostpreußen, zwischen einem Holsteiner und einem Oberschlesier ist der Unterschied mindestens ebenso groß wie zwischen einem Bayern und Württemberger oder wie zwischen einem Oldenburger und einem Hannoveraner. Darum scheint es so einleuchtend und auch geschichtlich berechtigt, das „künstliche" Gebilde Preußen wieder in seine ursprünglichen Teile aufzulösen. Aber gegen diese so einleuchtend scheinende Lösung spricht ein schweres und für den praktischen Politiker durchschlagendes Bedenken. Diese Lösung ist eine Auf-Lösung, eine Zerlegung und Zerschlagung, und darum politisch ein Unsinn. Im Laufe der Geschichte sind durch Kampf und Blut, durch Mühe und Arbeit die Teile des jetzigen Preußen zu einer festen Einheit zusammengefügt worden. Und diese durch Schweiß und Blut aneinander gefugten Teile sollte man wieder trennen und damit das Gebilde zerschlagen, das in seiner Festigkeit und Geschlossenheit den Kern der Reichseinheit gebildet hat und noch immer bildet? Damit würde man im Blick auf die Gewinnung der wahren Reichseinheit nicht einen Schritt vorwärts, sondern einen verhängnisvollen Schritt rückwärts tun. Wer Preußen zerlegen will, würde einem Manne gleichen, der ein weites Gebiet in seine Hand bringen will. Nachdem er schon drei Fünftel erobert hat, merkt er, daß die letzten zwei Fünftel sich widersetzen. Um diese zu gewinnen, gibt er die schon eroberten drei Fünftel wieder aus der Hand. Wäre das nicht eine Narrheit?

Eine zweite Möglichkeit für die Lösung unserer Frage enthält der Gedanke, Preußen im Reich aufgehen zu lassen. Das würde praktisch bedeuten, daß die Reichsminister zugleich preußische Minister wären. Einem solchen Plan werden sich die Preußen widersetzen; und das mit Recht. Denn man würde mit der Verwirklichung dieser Absicht Preußen als dem größten Land weniger Recht und Selbständigkeit geben als dem kleinsten. Ein Reichsminister des Inneren z. B. kann ein Bayer oder Badener sein. Soll ein Nicht-Preuße Preußens innere Angelegenheiten regeln? Eine Unmöglichkeit!

So bliebe offenbar, um aus dem Dualismus Preußen-Reich herauszukommen, nur noch der Weg übrig, daß sich die anderen Staaten der Führung Preußens anvertrauen, man also die preußische Regierung zur Reichsregierung erklärt. Ist aber dieser Weg gangbar?

Man weiß, wie schwer es Ludwig II. von Bayern geworden ist, sich mit seinem Stolz auf den Ruhm des Hauses Wittelsbach unter die Herrschaft eines Hohenzollern zu stellen, den er im Blick auf die Geschichte höchstens als ebenbürtig anerkennen konnte. Solcher Entschluß der Beugung war, wenn auch schwer, so doch immerhin möglich in der Zeit, als wir Monarchien hatten u. die Politik durch persönliche Entschlüsse gemacht werden konnte. Jetzt aber, da die Stämme und Völker selbst die Träger der Politik sind, scheint eine Unterordnung Bayerns unter Preußen unmöglich. Einem Volk kann man viel schwerer als einem einzelnen Menschen ein persönliches Opfer zumuten. Also gleich und glatt wird auch diese letzte Lösung der Frage Preußen-Reich nicht möglich sein. Aber wenn sie wirklich die einzig mögliche ist, muß der Weg zu ihr vorbereitet und Schritt um Schritt erkämpft werden. Jeder Gedanke ist zu begrüßen, der solcher Vorbereitung dient.

In seinem sehr lebendig geschriebenen Heft: „ Preußen muß sein." (Hanseatische Verlagsanstalt Hamburg) weist Stapel auf die Tatsache hin, daß Preußen kein „volkhaftes Gebilde" ist. Weder gibt es ein naturgegebenes Land Preußen noch einen naturgegebenen Menschentyp Preuße. „Preuße sein heißt nicht, einem preußischen Stamm angehören, wie der Schwabe dem schwäbischen, der Niedersachse dem niedersächsischen Stamm angehört. Preuße ist man nicht von Geblüt, sondern durch Bekenntnis. Niedersachse kann man nicht aus freien Stücken sein, wohl aber Preuße. Darum hat es auch immer wieder Männer gegeben, die nicht von Geburt Preußen waren, sondern es durch Willensentschluß geworden sind: Scharnhorst, Gneisenau, Stein, Fichte waren Bekenntnis-Preußen." Ganz Aehnliches sagt Spengler in seiner bekannten Schrift: „Preußentum und Sozialismus." „Preußentum ist ein Lebensgefühl, ein Instinkt, ein Nichtandershönnen." — „Es ist nicht jeder Preuße ein „Preuße". In diesem Worte liegt alles was wir Deutschen nicht an vagen Ideen, Wünschen, Einfällen, sondern an schicksalhaftem Wollen, Müssen, Können besitzen. Es gibt echt preußische Naturen überall in Deutschland."

Die Tatsache, daß Preußen nicht eine „naturgegebene" Wesenhaftigkeit bedeutet, sondern im Licht der Geschichte gebildet worden ist, kann man verwerten — wir sahen es oben — in der Weise, daß man die Aufteilung Preußens vorschlägt. Aber die Ausführungen Stapels und noch stärker die Spenglers beweisen, daß man diese preußische Situation auch gerade in der entgegengesetzten Richtung verwerten kann. Und das ist für unsere Frage unendlich bedeutungsvoll. Weil schon das jetzige Preußen Bestandteile vereint, die in sich sehr verschieden sind, weil Preußen kein „natürliches" Gebilde ist, ist es kein unmöglicher Gedanke, keine ungeschichtliche Utopie, wenn man den Wunsch ausspricht, daß Preußen nach und nach die übrigen Länder an sich heranzieht. Weder das Land noch die Menschen brauchen dabei ihre Eigenart aufzugeben, ebensowenig wie die Rheinländer ihre Eigenart aufgegeben haben, weil sie Preußen sind.

Wahrscheinlich bekommen besonders die Bayern eine Gänsehaut, wenn man solche Gedanken äußert. Trotzdem ist das kein Grund, die Hoffnung aufzugeben, daß nicht doch im Laufe der Zeit eine solche Angliederung stattfindet. Wohl stehen sich Bayern und Berlin noch oft wie Feinde gegenüber. Aber erstens ist Berlin nicht Preußen. Stapel sagt in seinem oben erwähnten Heft: „Gerade wir Märker sind erbittert über das Babylon, das sich in unserem märkischen reinlichen Sande angesamt (!) hat und das sich erfrecht, preußisch zu heißen." Schärfer kann sich auch kein Bayer über Berlin äußern. Zweitens braucht man ja nicht damit anzufangen, daß man die beiden Antipoden Preußen und Bayern zusammenbringt. Andere Staaten könnten vorangehen.

Preußen sollte und brauchte auch nicht die anderen Länder zu verschlucken. Diese würden nach wie vor die Angelegenheiten, die Landessache sind, selbst regeln. Für ihre innere Ordnung, ihre Schulen und ihre Wissenschaft, all das was ihre Landeskultur ausmacht, würden sie auch weiterhin selbst sorgen. Nur die Dinge, die eine gemeinsame Regelung brauchen, würden Preußen übertragen werden müssen. Diese umfassen vor allem die Beziehungen Deutschlands zum Ausland. Das deutsche Heer, die Zoll- und Handelsfragen und die deutsche Auslandsvertretung unterstehen preußischer Führung. Das ist keine unbillige Forderung, wo Preußen das bei weitem größte deutsche Land ist und die längsten Grenzen gegen die feindlichen Nachbarn hat. Außerdem bedeutet das keine grundstürzende Neuerung. Von den zwölf Außenministern, die die deutsche Republik gehabt hat, waren acht gebürtige Preußen. Und wenn man noch bedenkt, daß Stresemann, der die längste Zeit die deutsche Außenpolitik geleitet hat, Preuße war, dann hat also einfach schon der jetzige Zustand erwiesen, daß die Außenpolitik natürlicherweise unter Preußens Führung steht. Der preußische Innenminister würde als Reichsinnenminister als Primus inter pares (der erste unter gleichen) gleichsam nur den Vorsitz seinen nicht-preußischen Kollegen gegenüber führen. Auch das braucht kein Grund zu sein, daß sich ein Land in seinen Rechten bedroht fühlen müßte.

Und der deutsche Reichstag? Vielleicht wäre ein gangbarer Weg der, daß die Länderparlamente aus ihrer Mitte Vertreter wählten und nach Berlin in das Reichsparlament schickten. So würden bei diesem indirekten Wahlverfahren die Länderparlamente wie Wellenbrecher wirken gegen Volksleidenschaften und Masseninstinkte, die jetzt allzuviel Einfluß auf die Reichstagswahlen und damit auf die Reichspolitik haben. Diese Wahlart für den Reichstag könnte außerdem die Wirkung haben, daß nur führende Politiker der Länder in den Reichstag kämen. Bei dieser Steigerung der Qualität könnte man dann die Quantität verringern, auf deutsch: die viel zu hohe Zahl der Reichstagsabgeordneten bedeutend herabsetzen. Das würde nur die Arbeitsfähigkeit des Reichstages steigern. So wären auch in dieser Richtung die Interessen des Ganzen mit denen der einzelnen Länder in guten Einklang zu bringen.

Herr von Schleicher hat in seiner programmatischen Rundfunkrede die Verfassungsfrage in den Hintergrund geschoben. Aber er hält sie sicher nicht für unwichtig. Der neue Kanzler wollte vielleicht in seiner klugen Art die Blicke von diesen schwierigen Dingen ablenken, um in der Stille Maßnahmen vorzubereiten, die wirksam werden können, wenn die Stunde gekommen ist. Dann kann und muß auch die Schicksalsfrage Deutschlands gelöst werden. Je eher das möglich ist, um so besser wird es sein für unser Deutsches Reich.

Herbert Padel.

## Amerikanische Sicherungspolitik.

**Ein Beitrag zur Lösung der Kriegsschuldenfrage.**

Von Atlanticus.

Im Jahre 1916 kauften die Vereinigten Staaten von Nordamerika von Dänemark die den Antillen vorgelagerten Virgin Islands (Jungfern-Inseln) St. Thomas, St. Cruz und St. John für 105 Millionen Mark. Von diesen Inseln hatte eigentlich nur St. Thomas besondere Bedeutung als Kohlenstation für die nach den Häfen Westindiens fahrenden Dampfer. Die Hamburg-Amerika-Linie und die Royal Mail S. S. hatten hier eigene Anlagen, deutsche Kriegsschiffe, die in den amerikanischen Gewässern kreuzten, liefen regelmäßig St. Thomas an, teils zur Erholung und um zu kohlen, teils um zwischen St. Thomas und der kleinen Insel Kulebra Schießübungen abzuhalten. In den früheren Segelschiffszeiten war die Bedeutung von St. Thomas noch größer als Umschlagshafen. Kleine Küstenschiffe brachten hierher von den einzelnen Häfen der kleinen und großen Antillen, Venezuelas, Columbiens usw. die Ladungen an Kaffee, Zucker, Rum usw., die in St. Thomas auf die großen Ozeansegler umgeladen wurden.

Im Zeitalter der Dampfschiffahrt verlor St. Thomas diese Bedeutung. Die Inseln und ihre Bewohner führten ein verträumtes Dasein, das nur unterbrochen wurde durch Ankunft und Abfertigung der Kohlen, Proviant und Menschen ladenden, bezw. ausschiffenden Dampfer. Ja, auch Menschen, denn St. Thomas und die übrigen Virgin Islands stellten nämlich aus ihrer Negerbevölkerung die sehr tüchtigen, ordentlichen Ladearbeiter für die Schiffe. In sämtlichen westindischen Häfen, mit Ausnahme der mexikanischen, gibt es nämlich keine brauchbaren Schauerleute, wie die Ladearbeiter genannt werden, und so mußte sich jedes Schiff eigene mitbringen. Sie kamen in St. Thomas an Bord und blieben während der ganzen, oft bis zu anderthalb Monat dauernden Rundreise an Bord. Das war, da allein die Hamburg-Amerika-Linie jede Woche mindestens je zwei Dampfer ein- oder auslaufend hatte, ein guter, regelmäßiger Verdienst für die Bevölkerung, deren weiblicher Teil beim Bekohlen der Schiffe auch nützliche Arbeit leistete. Der eigene Handel St. Thomas war verschwindend, es führte nur den Bay-Rum (bekannt als Haarwasser) aus.

Das änderte sich aber alles mit dem Kriege, und heute ist St. Thomas nur noch Station für die amerikanischen Schiffe. Die deutschen benutzen Curassao, die britischen einen ihrer Inselhäfen der kleinen Antillen als Bekohlungshafen.

Welchen Zweck hatte nun für die Vereinigten Staaten der Ankauf dieser, handelspolitisch gesehen, bedeutungslosen Inseln? Der Zweck war ein rein maritim-strategischer. Nach praktischer Beherrschung Portoricos, Domingos, Haitis und Cubas fehlte es Amerika nicht mehr an genügenden Stützpunkten im Karibischen Meer, auch konnte es den Zugang zum Golf von Mexiko durch die Floridastraße jederzeit und leicht genug abriegeln. Indessen wird die Floridastraße doch von den britischen Bahamainseln flankiert und die Einfahrt zum Karibischen Meer kann von den vorwiegend im britischen Besitz befindlichen Kleinen Antillen aus verwehrt werden. Das Bild wurde aber sofort anders, wenn Amerika die am nördlichen Ende der Kleinen Antillen befindlichen Virgin-

411 Städt. Bibliothek S 839

Islands besaß. Deshalb ihr Ankauf zu einem ziemlich hohen Preis. Die drei Hauptinseln haben vorzügliche Häfen, die selbst für ganz große Schiffe leicht zugänglich, für unliebsame Besucher aber leicht zu sperren sind. Sie sind geräumig und bieten bei jedem Unwetter guten Schutz. Die Kohlen- und Oelanlagen waren schon immer vorzüglich und sind von den Amerikanern nach den modernsten Prinzipien ausgebaut worden. Die Anlagen gestatten selbst bei Ansammlung von einem ganzen Geschwader, sechs bis acht Schiffen, schnellstes Bekohlen und Oelnehmen.

Amerika hat durch den Erwerb der Virgin Islands eine sehr wichtige Basis für die nach der Panamakanalzone bestimmten oder von ihr kommenden Kriegsschiffe gewonnen. Was, nebenbei bemerkt, den Handelsverkehr Amerikas in Westindien betrifft, so hat er seit dem Krieg nicht sonderlich zugenommen, jedenfalls ist handelspolitisch gesehen der Besitz der Inseln kein „Geschäft" für Amerika geworden. Es bleibt für die Staaten immer noch schmerzlich genug, daß die Route: Atlantik-Häfen—Westindien von der britischen Flottenbasis der Bermudas flankiert wird, und auch der Weg St. Thomas—Colon (Eingang zum Panamakanal) vom britischen Jamaica aus mindestens beunruhigt werden kann.

Vor einiger Zeit wurde die Frage eines französisch-amerikanischen Eventualabkommens erörtert, wonach Amerika Interesse an den im Pazifik liegenden französischen Gesellschaftsinseln hätte oder doch wenigstens die Insel Tahiti dieser Gruppe erwerben möchte, unter Anrechnung der französischen Kriegsschulden und einem angemessenen Aufgeld. Auch diese Inselgruppe würde für die Amerikaner nur militärischen Wert haben (Verlängerung der amerikanischen Flankendeckung im Pazifik). Die Staaten hätten schon einmal, 1926, so wurde ausgeführt, Frankreich das Geschäft vorgeschlagen. Es sei aber abgelehnt, Poincaré habe s. Zt. Prestigegründe angegeben.

Einen gleichen Versuch hatten die Staaten auch bei England unternommen. Man wollte unter Aufrechnung der britischen Kriegsschulden und Zahlung eines sehr hohen Preises von England einige von dessen westindischen Besitzungen erhandeln, vor allen Dingen Jamaica. Das wäre allerdings, neben dem militärischen Wert, für America ein sehr gutes Handelsgeschäft gewesen, denn die Kronkolonie Jamaica hat sich längst bezahlt gemacht und bringt etwas ein. Doch auch England lehnte ab, nicht etwa nur aus Prestigegründen, sondern aus dem zweifellos vom Standpunkt einer Weltmacht sehr richtigen Grund: Was man hat, das hat man. Es ist leicht, freiwillig einen Besitz hinzugeben, aber die unwägbaren Nachwirkungen auf das übrige Kolonialreich kann selbst der höchste Kaufpreis nicht wett machen. Außerdem ist für Englands — und man darf annehmen auch für Frankreichs — Ablehnung des amerikanischen Angebotes die Erwägung maßgebend gewesen, daß die Lösung des Schuldverhältnisses zu den Ver. Staaten eines Tages doch erheblich billiger zu haben sein würde, als durch die Verhökerung ungemein wichtiger strategischer Punkte, wie die Kleinen Antillen, die Bermudas und schließlich auch Jamaica für England sind.

Von einem neuen Versuch Amerikas bei England hat man noch nichts gehört, aber das französische Projekt ist kürzlich wieder aufgetaucht, ob etwas daraus werden wird, kann man nicht wissen. Vor Antrit des neuen Präsidenten und damit einer neuen Regierung können keinerlei Bindungen amerikanischerseits eingegangen werden, zumal jetzt nicht, wo es sich um die Ablösung einer republikanische Regierung durch eine demokratische handelt. Das ist mehr als ein Parteienwechsel im europäischen Sinn, da das Parteiwesen Amerikas ein dogmatisch erstarrtes ist, so sehr auch beide Parteien drüben nichts anderes sind als die Vollzugsorgane Wallstreets, der Zentrale des alles und alle beherrschenden Kapitalismus. Aber, wenn das Signum republikanischer Herrschaft imperialistische Politik ist, so ist das der demokratischen das Gegenteil davon, trotz Wilson und seiner Einmischung in den Weltkrieg. Doch das lag eben im Interesse Wallstreets, und Wilson mußte, ob er wollte oder nicht.

Es ist anzunehmen, daß der neue Präsident Roosevelt keine Neigung verspüren wird, imperialistische Pläne vorzutreiben, erstens, weil die Vereinigung der innerpolitisch-wirtschaftlichen Dinge vordringlich ist, zweitens aber, weil auf außenpolitischem Gebiet für die USA. doch keine Lorbeeren zu ernten sind. Das haben die Amerikaner seit ihrem Unabhängigkeitskrieg nie wieder vermocht. Die Niederboxung des altersschwachen und so gut wie wehrlosen Spaniens ist ganz gewiß kein Ruhmesblatt in der amerikanischen Geschichte, und die Ueberwindung mittelamerikanischer Neger- oder Halbnegerstaaten kein Kunststück. Das Abschneiden Wilsons und seiner fachmännischen Berater in Versailles hat der Welt gezeigt, wie wenig Wert und Bedeutung amerikanischer Diplomatie und Staatsmannschaft beizumessen ist, von späteren Gelegenheiten, z. B. gegen Frankreich, wo Amerika zuerst alle Trümpfe in der Hand hatte, in der fernöstlichen Frage gegen Japan, in Genf bei der Frage, die Amerika als vordringlich bezeichnete, nämlich der Abrüstung, ganz zu schweigen.

Weil dem aber so ist und es sehr gewichtige Gründe für die Vereinigten Staaten gibt, die eine militärische Auseinandersetzung mit Japan als untunlich erscheinen lassen, so hat de ganze Erörterung über die Sicherungsgeschäfte Amerikas eigentlich nur akademischen Wert. Sie gehört in die Rubrik der Versuchsballons, die von Zeit zu Zeit aufgelassen werden, um einen Gegenspieler zu einer Partie zu verleiten, bei der er übers Ohr gehauen werden soll.

---

## Kann Schwundgeld unserer Wirtschaft helfen?

Die „Vossische Zeitung" in Berlin brachte im vorigen Jahr eine kleine lehrreiche Geschichte, wie man „in einer Viertelstunde 400 Millionen Dollar verdienen kann". Ein Bericht aus Chikago lautet: An der Chikagoer Getreidebörse kam es unlängst völlig unerwartet zu einer starken Getreidehausse. Eine Viertelstunde vor Börsenschluß brach plötzlich ohne erkennbare äußere Umstände eine Flut von unlimitierten Kauforders ein, die die Weizenbörse in ein Tollhaus verwandelte. Die Händler rasten wie wild umher, stießen sich gegenseitig um und überbrüllten einander, als die Umsätze mit jeder Minute zunahmen. Nach wenigen Minuten bereits war die Weizennotierung um mehrere Cents gestiegen. Als der Gong, der den Börsenschluß ankündigte, ertönte, war der Tumult so groß, daß das Schlußzeichen überhört wurde. Die Bewegung scheint stark spekulativen Charakter zu haben. Man führt sie auf Hausseoperationen der bekanntesten Spekulanten an der Weizenbörse, Arthur W. Cutten und Jesse Livermore zurück. Die Verluste der Baissiers waren außerordentlich groß. Juliweizen z. B. erreichte einen Rekordstand von 70,25 Cts. pro Bushel gegenüber einem Rekordtief von 44 Cents am 5. Oktober. Die amerikanische Getreideernte hat damit innerhalb eines Monats einen Wertzuwachs von rund 400 Millionen Dollar zu verzeichnen. Von der Erhöhung des Weizenpreises kommt der größte Teil dem Handel zugute. —

Soweit der Bericht der „Vossischen Zeitung". Man braucht nicht näher auszuführen, daß an solchen Spekulationsmöglichkeiten irgendein Schwundgeld nicht das Geringste ändern kann. Wer in einer Viertelstunde Millionen verdienen kann, der kann jeden Schwund mit Leichtigkeit verschmerzen. Darauf aber, gerade auf diese Börsengeschäfte allein, kommt es an. Die ungeheure Menge der Arbeiter und Beamten, also der weitaus größte Teil der Bevölkerung, hat niemals in nennenswertem Umfang Geld zurückgehalten; im Gegenteil, weitaus die meisten haben ihr Geld viel zu früh, d. h. schon in der ersten Hälfte des Monats oder noch früher ausgegeben. Man wird auch nicht sagen können, das obige Beispiel bilde eine seltene Ausnahme. Wer einmal von der Tribüne aus zugesehen hat, der wird bestätigen, daß das oben gezeichnete Bild eines Tollhauses durchaus der nüchternen Wirklichkeit entspricht. Und selbst, wenn Spekulationen in solchem Umfange nicht gerade alle Tage vorkommen, so ändert das durchaus nichts an der Tatsache, daß das Schwundgeld doch den Charakter der heutigen Wirtschaft als einer wilden Spekulationswirtschaft nicht im geringsten ändert. Der Schwund bringt tatsächlich im Wesen ganz und gar nichts Neues. Wer heute Geld hamstert, der verzichtet auf den Zins, verliert also genau dasselbe, bei hohem Zinsfuß noch bedeutend mehr als er beim Schwundgeld durch den Schwund verlieren würde. Der Schwund ist wirklich nichts anderes als Zins mit umgekehrtem Vorzeichen, wie man treffend sagt. Auch beim Schwundgeld können die großen Spekulanten genau so raffiniert wie heute auf „Hausse" u. „Baisse" spekulieren, kein Währungsamt kann neues Geld so schnell ausgeben, kann vor allem doch nicht das Geld genau in die Kanäle leiten, denen es gerade entzogen wird, wie das nötig wäre, um solche Spekulationen zu verhindern. Als wichtigstes bei der ganzen Frage erscheint mir die Tatsache, daß Silvio Gesell, auf den ja alle Vorschläge zur Einführung eines Schwundgeldes zurückgehen, den Charakter der Wirtschaft als Kampf aller gegen alle gar nicht ändern will. Im Vorwort seines Hauptwerkes, der „Natürlichen Wirtschaftsordnung" schreibt er klipp und klar: Es darf uns nicht ergehen, wie etwa dem Christen, den seine Religion in folgerichtiger Anwendung zum Bettler macht und im Wettstreit entwaffnet, worauf er dann mitsamt seiner Brut im Auslesevorgang der Natur vollends zermalmt wird. . . Die natürliche Wirtschaftsordnung wird darum auf dem Eigennutz aufgebaut sein. . . Die religiösen Forderungen des Christentums dürfen wir darum nicht auf die Wirtschaft übertragen; sie versagen hier und schaffen nur Heuchler. . . Es hieße die Reihenfolge auf den Kopf stellen, wollte man die Arbeit mit einem Gebet oder einem Gedicht beginnen" usw. — Silvio Gesell hat das große, unzweifelhafte Verdienst, die Dinge hier richtig zu sehen, unerbittlich, ohne Schönfärberei. Es ist so in der Tat: Die heutige Wirtschaft widerspricht ganz kraß den grundlegenden Forderungen des Christentums. Es ist eine ungeheure Tragik, daß diese Tatsache immer noch nicht klar erkannt wird. Ich habe immer wieder ein schmerzhaftes Gefühl, wenn ich gerade in christlichen Schriften immer wieder lese, daß diese und jene Forderung Jesu natürlich nicht für das Wirtschaftsleben oder nicht für den Staat bindend sein könne, daß das im Grunde anders gemeint wäre, wenn ich immer wieder lese vom Kampf ums Dasein, und daß wir uns auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig erhalten müssen usw. Mir scheint, wir täten besser, die Dinge so offen und klar zu sehen und sie beim richtigen Namen zu nennen, wie hier Gesell. Dann allerdings

---

## Medizin für die Herzen.

Ein Bild aus der Arbeit des Missionsarztes.

Von Miss.-Insp. Pastor lic. Trittelvitz, Bethel.

Der Arzt, der an einem Krankenhause steht, hat keine Zeit, im Lande umherzufahren. Er ist an den Platz gebannt, an dem er seine Arbeit hat. Das war auch in Bumbuli in Usambara der Fall, solange Dr. Samuel Müller als einziger Missionsarzt an dem dortigen Krankenhause der Bethel-Mission stand. Seit einigen Monaten aber hat er neben sich einen jüngeren Mitarbeiter, Dr. Günther Teichler. Nun gibt es für die beiden doch hier und da einen freien Sonntag. Den benutzt Dr. Teichler gern, um die Umgegend von Bumbuli kennenzulernen. Wer möchte dort auch nicht wandern? Die Höhen der Berge sind mit herrlichem Urwald bedeckt. In den Tälern und an den Abhängen liegen die Dörfer der Eingeborenen mit ihren Ackerfeldern. Manches wundervolle Landschaftsbild bietet sich dem Auge dar. Aber ein richtiger Missionsarzt sieht das Land noch mit anderen Augen an. Was sein Herz bewegt, das erfahren wir, wenn wir unserem Dr. Teichler ein wenig zuhören. Er schreibt unter der Ueberschrift: „Dawa", d. h. „Medizin der Herzen":

„Es war ein heißer, aber schöner Tag heute. Mit drei Dawajungen, eingeborenen Krankenpflegern, zog ich los. Zuerst ging's wieder nach Msongolo, dem netten kleinen Christendorf am Wege nach Buga. Der Lehrer hielt den Gottesdienst, machte es aber kurz, mit der Begründung, daß wir noch weiter wollten; er kann sonst ohne Schwierigkeit lange und dabei gut reden. Dann brachten mich die Männer zu einem kleinen Dorf auf halber Höhe des großen Berges, der den Namen „Der Unverschämte" trägt. Den Herren Aeltesten flossen dabei Ströme von Schweiß herab. In dem Dorfe war nur eine Christenfrau; ihr Mann war Heide und hatte den Sohn eines Tages zum Mohammedaner gemacht, um so auch selbst den Uebergang zu finden zum Islam. Die Frau konnte nichts machen, denn nach dem geltenden Rechte gehören die Kinder dem Manne. Nach einiger Zeit wurde der Junge schwer herzkrank. Die Mutter sagt: „Das kommt von Gott." Der Vater läßt ihn auch sofort den mohammedanischen Namen wieder ablegen, und sie bringen den Jungen nach Bumbuli. Wir hatten unsere Freude an ihm und hatten schon verabredet, daß er später bei uns arbeiten solle. Plötzlich wurden aber die Herzanfälle wieder schlimmer, und es wurde den Eltern gesagt, daß nicht viel zu hoffen sei. Daraufhin nahmen sie ihn nach Hause, damit er da sterben solle. Nun wollten wir die Mutter besuchen. Man sah ihr an, daß sie noch ganz erschüttert war. Der Mann war sehr freundlich und zeigte uns, wie gut seine tiefe Schnittwunde, die ich ihm eines Nachts geflickt hatte, geheilt war. Man brachte schnell Stühlchen herbei, und es wurde dann in alter Schambalaweise das „Wort getötet". Einer erzählte, wie ich in Msongolo angekommen sei und nach dem Gottesdienst gleich nach unserer „Schwester" Hanna gefragt habe, denn wir könnten an ihrem Kummer doch nicht vorübergehen; wie dann der Weg gewesen sei usw. Dann kommt nach dem langen Hin und Her des Schambalagrußes einer aus dem Dorfe dran, er erzählt, wie es bei ihnen gewesen sei, bis wir kamen, und was wir dann erzählt hätten. Dann geht wieder der Gruß hin und her. Aber dann wurde die Sache schwierig, weil niemand wußte, was man nun machen sollte, denn eigentlich waren wir fertig mit unserer Begrüßung. Schließlich, da alles auf mich sah, nahm ich das Wort und ritt eine Attacke auf die Mohammedaner. Ich sprach über das Wort: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen". Sie nahmen es sehr nett auf, und als ich mich zum Schluß entschuldigte, daß ich nicht vorsichtig (d. h. in höflichsten Formen) reden könne, wegen meiner Unkenntnis des Schambala, da sagten sie, ich hätte sehr gute Dinge gesagt, und wiederholten alles unter erläuternden Worten des Lehrers aus Msongolo. Es entspann sich dann eine allgemeine Unterhaltung über das Gehörte, wir mußten aber weiter. Die Christen von Msongolo versprachen, öfter hinzugehen und sie zu lehren. Es war offenbar für die arme Hanna doch ein Trost, daß wir gekommen waren, und sie bat den Lehrer, mich zu ersuchen, als ihr Geschenk ein Huhn anzunehmen.

Wir wanderten auf einem schönen Urwaldwege am Berge entlang weiter nach Mponde, wo eine Tochter von Missionar Wohlrab mit einem jungen Pflanzer verheiratet ist. Ich wurde dort zum Mittagessen eingeladen, während meine Begleiter bei dem Lehrer unten im Dorfe aßen, das noch eine halbe Stunde Wegs durch Gebüsch und über zwei waghalsige Eingeborenenbrücken entfernt ist. Ich folgte ihnen nach dem Essen nach und merkte im Heidendorfe gleich, daß wir uns nicht getäuscht hatten. Wir machten nämlich diesen Weg heute, weil wir gern haben. Sie scheinen lieber zu sterben, als nach Bumbuli zu kommen; da mußte irgendein Zauberer oder sonst etwas dahinterstecken. Als uns neulich mit Gewalt ein Junge von hier mit dem Auto wegen einer schweren Verletzung gebracht wurde, war er so bockig, daß ich erst eine halbe Stunde heftig schelten mußte, ehe er sich in unsere Behandlung fügte. Schließlich war er aber sehr gut Freund mit uns. — Der junge Mensch, den ich hier nach dem Wege zu den Christen fragte, war auch ganz ungezogen, so daß ich traurig ging und mir sagte, daß hier nicht viel zu machen sein werde. Der Lehrer Simeon freute sich sehr, betonte aber immer wieder, wie schwer hier das Arbeiten sei, und wie allein sie ständen. Zwei Frauen wollten jetzt wieder zur Christenlehre kommen, hätten aber sehr unter dem Widerstand der Männer zu leiden. Ich fragte, ob man sie nicht einmal besuchen könne; aber er meinte, das würde die Männer vielleicht erst recht ärgern. Plötzlich ließ uns die anscheinend sehr entschiedene Frau des Lehrers, die sich, wie es sich gehört, bei der Unterhaltung der Männer nicht gezeigt hatte, sagen, nun müßten wir aber im Heidendorf verkündigen. Daraufhin wurde es doch gewagt, hinzugehen; aber ich merkte, wie die drei Männer etwas ängstlich waren. Meine Begleiter lehnten entschieden ab, auch etwas zu sagen. Als wir, nachdem Simeon mit Todesverachtung unter Hinweis auf den Gast alle Männer zusammengetrommelt hatte, auf dem Dorfplatz saßen, wurde gesun-

heißt es, die notwendige Folgerung aus dieser Erkenntnis zu ziehen. Silvio Gesell folgert: Christentum und Wirtschaft sind unvereinbare Gegensätze, also dürfen wir uns um die Forderungen des Christentums nicht kümmern. Mir scheint, die Folgerung muß anders lauten. Wenn Christentum und Wirtschaft unvereinbare Gegensätze sind, dann wird es die höchste, aber wirklich die allerhöchste Zeit, daß wir uns diese Wirtschaft doch einmal etwas näher ansehen. Sollte diese Wirtschaft, die den Christen notwendig zum Bettler macht, wirklich die „natürliche" Wirtschaft sein?? Oder sollte es nicht vielleicht doch so sein, daß die genau entgegengesetzten Grundsätze des Christentums wirklich noch „natürlicher" wären? Darauf allein kommt es an. Nicht darum handelt es sich, wie Gesell will, daß wir die Waffen gleich machen im Wirtschaftskampf dadurch, daß wir dem Geld seine Ueberlegenheit nehmen, sondern darauf kommt es an, daß wir überhaupt die Waffen weglegen, uns alle miteinander vertragen, füreinander und nicht gegeneinander arbeiten, daß wir zum Frieden kommen miteinander! Das ist wirklich „natürliche" Wirtschaftsordnung, wie sie Berthold Otto und dem Bund für inneren Frieden vorschwebt. Ich kann verraten, daß in dieser Wirtschaftsordnung wirklich kein Christ zum Bettler zu werden braucht, weil eben alle satt zu essen haben. Die Berthold Ottosche Gemeinwirtschaft ist wirklich ganz tief gesehen „natürlich", ist „christlich", ist „deutsch"!

Otto Remmert, Gevelsberg.

# Deutsche Handelspolitik

**Zollkrieg mit Argentinien?**

**Berlin, 11. Januar.**

Die Reichsregierung hat es sich im neuen Jahr zur Aufgabe gemacht, die deutsche Handelspolitik auf eine völlig veränderte neue Grundlage zu stellen, was ihr durch den Ablauf einer ganzen Reihe von Handelsverträgen mit europäischen sowie überseeischen Ländern möglich wird. Diese neue Handelspolitik, die man erstrebt, wird nun besonders schwierige Verhandlungen mit sich bringen, weil es sich darum handelt, in neuen Handelsverträgen die zum Teil sehr weitgehenden deutschen Forderungen durchzusetzen. Die ersten Besprechungen im Kabinett fanden zwischen dem Kanzler und dem Reichsernährungsminister, wie dem Reichswirtschaftsminister statt. Es soll über die Kernfragen und die eigentliche Zielsetzung bereits eine Einigung gefunden worden sein.

Es ist darum notwendig über den Stand der Verhandlungen allgemein und über die Handelspolitik im besonderen zu sprechen. Mit England stehen wir in Verhandlungen über die Kohleneinfuhr aus England und über die von der englischen Regierung verlangten Zollermäßigungen. Sie gehen nur schleppend weiter, zumal der englische Handelsminister Runciman sich auf einer Mittelmeerreise befindet. Der Minister scheut sich anscheinend, diese wichtigen Verhandlungen untergeordneten Stellen zu überlassen.

Mit der niederländischen Regierung sind Verhandlungen bisher nicht aufgenommen worden, jedoch nimmt man an, daß solche in nächster Zeit beginnen werden. Handelsvertragsverhandlungen mit Schweden sind dagegen bereits seit einigen Tagen im Gange, da man auf deutscher Seite den baldigen Abschluß eines Handelsvertrages begrüßen würde. Eine erhebliche Schwierigkeit scheint hierbei die Frage der Holzzölle zu bilden, deren Herabsetzung von Schweden verlangt wird.

Mit den Randstaaten stehen in nächster Zeit ebenfalls handelspolitische Verhandlungen in Aussicht, die bei Litauen aber lediglich den kleinen Grenzverkehr des Memellandes mit Ostpreußen zum Gegenstand haben werden. Dagegen erwartet man die baldige Aufnahme weitergehender Verhandlungen mit Lettland. In Estland gab die Frage der 15prozentigen estnischen Devisensteuer Anlaß zu einem Schritt des deutschen Gesandten, da diese Steuer nach Ansicht von Wirtschaftskreisen eine starke Belastung der Einfuhr darstellt.

Mit den Regierungen der britischen Dominien Kanada und Australischer Bund sollen Verhandlungen aufgenommen werden, von denen man sich an zuständiger deutscher Stelle Erfolge verspricht, da man erwartet, daß diese Länder zu Zugeständnissen bereit sein werden. Die kanadische Regierung, mit der in früheren Jahren erhebliche handelspolitische Schwierigkeiten bestanden hatten, gewährt Deutschland jetzt die Meistbegünstigung durch Anwendung ihres Mitteltarifs.

Dagegen sind die Aussichten mit Argentinien nicht sehr günstig. Unser handelspolitisches Verhältnis zu dieser südamerikanischen Republik hat sich bekanntlich in letzter Zeit so stark getrübt, daß mit dem Ausbruch eines Zollkrieges zu rechnen ist. Argentinien hat sich entgegen den Bestimmungen des jetzt noch in Kraft befindlichen deutsch-argentinischen Handelsvertrages vom 19. September 1857 geweigert, Deutschland die unbedingte Meistbegünstigung zu gewähren, obwohl es diese England, Frankreich und Italien gewährt.

Das geschieht offenbar aus dem Grunde, um unter Außerachtlassung der Rechtslage neue handelspolitische Ziele zu verfolgen, die im Rahmen der bestehenden Handelsverträge Argentiniens nicht zu verwirklichen sind. In diesem Zusammenhang verdient eine Meldung aus Buenos Aires Beachtung, wonach die argentinische Delegation für Handelsvertragsverhandlungen mit England soeben nach England abgereist ist. Allem Anschein nach will Argentinien mit England im Anschluß an die Ottawa-Verträge der Gliedstaaten einen neuen Handelsvertrag abschließen, und dabei England bestimmte Zollzugeständnisse machen, die Deutschland zu verweigern, Argentinien heute schon entschlossen ist. Die veränderte Auslegung des deutsch-argentinischen Handelsvertrages soll solchen etwaigen Abmachungen mit England offenbar jetzt schon die Wege ebnen.

Selbstverständlich kann Deutschland sich einer solchen Diskriminierung nicht ohne Gegenmaßnahmen unterwerfen. Die deutsche Regierung hat nach dem 15. November 1932, obwohl bereits seit diesem Tage Argentinien auf die Verzollung der deutschen Waren die Meistbegünstigung nicht mehr anwendet, nicht sofort zu Gegenmaßnahmen gegriffen, sondern Argentinien immer wieder Gelegenheit für Verhandlungen und für eine Verständigung geboten. Zeitweise schien es auch, als wolle die argentinische Regierung einlenken, um einen Handelskonflikt mit Deutschland zu vermeiden. Nachdem Argentinien aber auch diese letzte Frist ohne eine Verständigung hat verstreichen lassen, ist ein Handelskonflikt unvermeidlich geworden. Am 10 Januar 1933 ist nunmehr Argentinien von der Liste der Länder gestrichen worden, die in Deutschland die Meistbegünstigung genießen, und gleichzeitig werden auf einzelne argentinische Erzeugnisse die Zollsätze des Obertarifs angewendet werden. Es ist zu erwarten, daß diese Kampfmaßnahmen ihren Zweck nicht verfehlen, da Argentinien doppelt soviel Waren nach Deutschland ausführt als dieses nach Argentinien.

Es wird niemand in Deutschland geben, der diese Entwicklung der Handelsbeziehungen mit Argentinien nicht auf das lebhafteste bedauert. Die deutsche Regierung wird auch in Zukunft jeden Vorschlag Argentiniens, der die unterschiedliche Behandlung Deutschlands beseitigen kann, aufmerksam prüfen, um eine weitere Verschärfung der Handelsbeziehungen zu vermeiden.

## Arbeiterführer beim Kanzler

**Berlin, 11. Januar.**

Reichskanzler von Schleicher empfing die Vertreter der Christlichen Gewerkschaften Schmitz, Schümmer und Kaiser zur Erörterung der wirtschaftspolitischen Lage der rheinischen Metallindustrie, insbesondere auch der Metallindustrie des Bergischen Landes. An diese Erörterung schloß sich eine eingehende Aussprache über die wirtschaftliche und politische Gesamtlage an.

# Krisenbilanz des Reiches

**2070 Millionen Reichsmark Gesamtfehlbetrag am Ende des Rechnungsjahres 1932.**

**Berlin, 11. Januar.**

**Im Haushaltsausschuß des Reichstags gab Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk einen Ueberblick über die Entwicklung der Reichsfinanzen in den Krisenjahren. Nach den Darlegungen des Ministers wurde das Rechnungsjahr 1931 mit einem Gesamtfehlbetrag von 1690 Millionen Reichsmark abgeschlossen, während am Ende des Rechnungsjahres 1932 insgesamt ein Fehlbetrag von 2070 Millionen Reichsmark zu verzeichnen ist.**

Ueber die Entwicklung der Reichsfinanzen im Rechnungsjahr 1932 führte der Minister im einzelnen noch aus: Für 1932 war ein Steueraufkommen von 7,464 Milliarden Mark veranschlagt. Das tatsächliche Ergebnis wird auf 6,681 Milliarden Reichsmark geschätzt, also um 783 Millionen geringer. Davon entfällt etwas mehr als die Hälfte auf das Reich und die kleinere Hälfte auf Länder und Gemeinden.

**Dieses Weniger-Einkommen beruht im wesentlichen auf dem Zurückbleiben der Einkommensteuereingänge um 270 Millionen und des Aufkommens aus der Umsatzsteuer um 420 Millionen Reichsmark.**

Eine gewisse Besorgnis macht gerade in den letzten Monaten das Zollaufkommen. Im ganzen wird man mit einem Minderaufkommen von rund 800 Millionen Mark bei Steuern und Zöllen rechnen müssen, in das sich Reich und Länder teilen. Aber nicht nur die Steuereinnahmen, sondern auch andere Einnahmen bleiben hinter den Schätzungen zurück. Das gilt insbesondere für den Posten der aus der Veräußerung von Vorzugsaktien der Reichsbahn vorgesehen war. Es ist nicht möglich gewesen, die 100 Millionen vollständig zu veräußern, und wir werden hier sicher mit einem Ausfall von 50 Millionen rechnen müssen, wofür natürlich die Vorzugsaktien in dieser Höhe im Besitz des Reiches bleiben. Auf der Ausgabenseite wird auch im Jahre 1932 eine Reihe von Mehrausgaben zu veranschlagen sein.

**Insgesamt wird man für das Reich mit 400 Millionen Steuerausfall, 50 Millionen Ausfall bei den Vorzugsaktien der Reichsbahn und mit Mehrausgaben und Mindereinnahmen bei verschiedenen Posten in Höhe von 300 bis 350 Millionen zu rechnen haben.**

Der Minister vertrat in diesem Zusammenhang die Ansicht, daß angesichts der Haushaltslage in anderen Ländern und der Rückstände aus früheren Jahren dieser Fehlbetrag bei aller Schwere, die er kassenmäßig und haushaltsmäßig bedeute, an der Krisenzeit der letzten drei Jahre gemessen, ein Ergebnis darstelle, das nicht allzu gefährlich sei.

Der außerordentlich flüssige Geldmarkt habe es ermöglicht, auch für die Schwierigkeiten, die an sich für das letzte Vierteljahr zu erwarten sind, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, so daß wir mit Sicherheit damit rechnen könnten, auch über die Monate Januar bis März ohne ernstliche Kassenschwierigkeiten hinwegzukommen.

Bei seinem Ausblick auf 1933 erklärte der Minister, der Reichshaushalt für das neue Haushaltsjahr hänge in seiner Gestaltung vollständig davon ab, wie sich die Steuereinnahmen und die Ausgaben für die Erwerbslosenbetreuung gestalten würden. „Ich halte es", so erklärte der Minister, „bei der jetzigen Lage, in der finanzpolitische Fehler nicht begangen werden dürfen, für absolut notwendig, daß wir mit der Aufstellung und Vorlegung des Haushalts gerade hinsichtlich dieser beiden Posten so nahe wie möglich an den Beginn des Haushaltsjahres heranrücken. Das ist diesmal wichtiger als die zweifellos hohe Bedeutung einer rechtzeitigen Vorlegung des Haushalts. Das ist auch der Grund, weshalb ich über die Einzelheiten des Haushalts nähere Darlegungen noch nicht machen kann.

## Umschuldung der Gemeinden

**Der Minister nannte es einen unverzeihlichen Fehler, wenn man versuchen wollte, den Haushalt des Reiches in Ordnung zu bringen und dabei die Haushalte der Länder und Gemeinden einem unentrinnbaren Schicksal zu überlassen. Das Reich mache sehr ernsthaft den Versuch, die Gemeinden wieder auf die Füße zu stellen. So unschuldig die Gemeinden an den wachsenden Wohlfahrtserwerbslosenlasten seien, so seien doch auch manche Gemeinden nicht unschuldig an ihrer kurzfristigen Verschuldung. Die Regierung sei auch auf diesem Gebiet bemüht, zu einer gewissen Umschuldung für die Gemeinden zu kommen. Die endgültige Sanierung der Haushalte der öffentlichen Hand werde jedoch entscheidend davon abhängen, inwieweit es gelinge, zur Besserung der wirtschaftlichen Lage und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu kommen.**

Die Ausführungen des Reichsfinanzministers wurden wiederholt von lebhaften Zwischenrufen und von Fragestellungen unterbrochen. Auf einzelne Fragen erklärte der Minister noch, daß für die Vorlegung des Haushalts die Entwicklung der Wirtschaftslage in den nächsten entscheidenden Monaten abgewartet werden müsse.

## Rückgang der fundierten Schulden

Nach den weiteren Mitteilungen des Ministers betrugen die Schulden des Reiches am 31. März v. J. 12,152 Milliarden und am 31. Dezember v. J. 12 264 Milliarden. Von dem Schuldenbetrag Ende März waren 10,43, von dem von Ende Dezember 10,428 Milliarden fundierte Schulden; die fundierte Schuld ist also um 2 Millionen gesunken. Die vom Reich übernommenen Bürgschaften beliefen sich am 1. April 1932 auf 2015 Millionen Mark und am 1. Oktober auf 2146 Millionen Mark. Die Belastung aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung Papen in Höhe von 340 Millionen Mark beträgt für die Jahre 1933 und 1934 im Jahresdurchschnitt etwa 115 Millionen Mark. Wenn ferner die Steuergutscheine in der vorgesehenen Höhe von 2,2 Milliarden Mark begeben werden, so würde das in den nächsten fünf Jahren einschließlich der Zinsen eine jährliche Belastung von rund 500 Millionen Mark ausmachen. Für die Jahre 1934 und 1935 wäre die Belastung besonders schwer, nämlich 740 Millionen Mark im Jahre. Von da an würde die Belastung etwas absinken.

## Parlamentsbeginn in Frankreich

**Paris, 11. Januar.**

Die französische Kammer wählte in ihrer ersten Sitzung im neuen Jahre Fernand Bouisson mit 401 von insgesamt 452 abgegebenen Stimmen erneut zum Präsidenten. 115 Abgeordnete hatten sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

---

gen. Ich zweifelte erst, ob das klappen würde, aber es klang ganz kräftig, da auch die Frauengruppe tapfer aus dem Kopfe mitsang. Jetzt entstand eine Stille. Ich sah erwartungsvoll auf Simeon. Er machte mir jedoch unzweideutig klar, daß ich reden müsse. Das tat ich dann auch, aber mit einem Gefühl, als wenn man auf dem Motorrad im Zentrum der Stadt fährt; es gab immer nur sehr wenig Möglichkeiten, auf denen man sich durch die Schwierigkeiten der Sprache durchschlängeln und den Gedanken Ausdruck geben konnte. Ich hatte auch durchaus den Eindruck, daß ich der so schönen und exakten Schambalasprache Gewalt angetan hatte. Die Männer versicherten mir aber, daß sie „gehört" hätten. Simeon führte nun sehr schön weiter, was ich von dem einen Wege, der zu Gott führte, gesagt hatte, und hob zum Schluß hervor, wie schön das sei, daß wir, die wir die Arbeit der Dawa der Medizin, hätten, uns heute aufgemacht hätten, um auch Dawa für die Herzen auszuteilen. Die beiden älteren Dawajungen sagten mir auf dem Rückwege, jetzt wüßten sie, worauf es ankomme, und das nächste Mal würden sie auch gerne reden. Wir machten gleich aus, daß es dann in die große Stadt da drüben, deren Namen wir nicht wußten, gehen solle. Dieser Fortschritt und das Gefühl, daß ein paar einsame Herzen sich doch über unseren Besuch gefreut haben, ist das, was an dem heutigen Tage so schön war. —

## Gottes Herrlichkeit — in schwerer Zeit.

Wir saßen zusammen, um ernste Zeitfragen zu klären. Jugend voll Zeitnot und Lebensqual fragte den Führer. Es war arbeitslose Jugend, die sich am Worte Gottes orientieren wollte. Und Gottes Wort wirkte Wunder. So ernst es auch sein mochte, hier brach sich Jugendfrische Bahn, und einer sagte es: „Seit drei Jahren habe ich einmal wieder gelacht." Er war seit drei Jahren ohne Arbeit.

Gott ist in der Not. Er will sie . . . Und dennoch: im Gericht ist Gnade. Wenn Völker nicht hören wollen, dann kann es lange währen, bis der Hammer, der Felsen zerschlägt", eines nach dem andern klein kriegt. Aber mitten im Gericht und mitten in der Not sieht der Herr seine Kinder. Und er weiß die Seinen in teurer Zeit zu erhalten. — — — —

Einer berichtet. Ist dort ein langjähriges, treues Mitglied eines CVJM zum Leiter gekommen. Und es hat lange, lange gewährt, bis die Unterredung zu Ende war. Darin hat sich der Zentnerdruck des Zweifels Luft machen wollen. Aber er ist nicht gewichen. Und dann hat er gesprochen: „Ich kann nicht mehr. Ehrlich will ich bleiben. Den Glauben an einen lebendigen Gott, der Gebete erhört, habe ich verloren. Hier ist meine Mitgliedskarte. Ich gebe sie zurück. Um Arbeit habe ich gebetet, und gesucht habe ich von Morgens bis zum Abend. Und geglaubt habe ich; doch nun ist's zu Ende."

Da hat der Führer seine eigene Existenz wankend gesehen. Hat er doch vom Eingreifen Gottes geredet. Hat er doch verkündet, daß der Lebendige Gebete erhört. Und heiß ist's ihm geworden unter der Weste. Heiß auch im Herzen aus Liebe zu dem Bruder und er hat das Wagnis riskiert: „Freund, wir wollen beten!"

Am nächsten Abend ist der Freund gekommen. Sturmbeschwingt sind die Füße die Treppe hinaufgeflogen. Und gerufen hat er: Ich habe Arbeit; ich habe Arbeit. Gott lebt, und erhört Gebete!"

Ich bin mit diesem Erlebnis im Herzen weit weit weg gefahren auf dem Wege, den mir die Führung zugewiesen. Vor andern Menschen stand ich, und ich sollte trösten in schwerer Zeit. Wie nahe lag es, daß ich von dem berichtete, was ich gehört hatte.

Drauf ist einer still an mich herangetreten. Es war ein Familienvater, der vier Kinder zu versorgen hatte. Und so war es: der war dahin gekommen, daß er der Wohlfahrt anheimfallen sollte. Die Not war so groß. Da hat er es im Glauben gewagt. Und kindlich hat er gebetet: „Herr, gib meinem Brotherrn einen Auftrag!" Das Werk lag still. Und sehr bald ist der Unternehmer gekommen: „Merkwürdig, ich habe einen Auftrag erhalten, und dich brauche ich jetzt als den Facharbeiter."

Wilhelm Ley.

## Verschlechterter Arbeitsmarkt

**Berlin, 11. Januar.**

Nach dem Bericht der Reichsanstalt ist in der zweiten Hälfte des Dezember die Arbeitslosigkeit aus saisonmäßigen Ursachen weiter gestiegen, jedoch langsamer als im ersten Berichtsabschnitt. Die Zunahme seit Mitte Dezember betrug rund 169 000. Insgesamt waren damit am Jahresende 5 773 000 gemeldet.

**In der Arbeitslosenversicherung stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund 94 000 auf 792 000, in der Krisenfürsorge um rund 93 000 auf rund 1 281 000. Aus dem Personenkreis der öffentlichen Fürsorge wurden Ende Dezember rund 2 375 000 Arbeitslose nach den Vorschriften der Reichsregierung als Wohlfahrtserwerbslose anerkannt. Am Jahresende waren trotz Beendigung der Arbeiten oder winterlicher Unterbrechung noch rund 242 000 junge Deutsche im Freiwilligen Arbeitsdienst tätig, d. h. 43 000 weniger als Ende November. Die Zahl der Notstandsarbeiter in der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge steht für Ende Dezember noch nicht fest, dürfte aber nahe an 70 000 zu schätzen sein.**

## Schuldenzahlung durch Export

**Ministerialdirektor Dr. Posse fordert Sicherstellung eines erfolgreichen Verlaufs der Wirtschaftskonferenz.**

**Genf, 11. Januar.**

Im Vorbereitenden Ausschuß für die Weltwirtschaftskonferenz wurde die allgemeine Aussprache fortgesetzt. Der deutsche Delegierte, Ministerialdirektor Dr. Posse, unterstrich die Feststellung der Sachverständigen, daß die Schuldnerländer nur mit Waren bezahlen könnten, und daß die Gläubigerländer ihre Handelspolitik entsprechend einrichten müßten. Er betonte die Notwendigkeit, auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete gleichzeitig und möglichst bald vorzugehen.

**Die Regierungen müßten durch den Vorbereitenden Ausschuß darauf hingewiesen werden, welche ungeheure Verantwortung sie auf sich laden, wenn die Londoner Weltwirtschaftskonferenz kein Ergebnis zeitige. Es sei die Pflicht der Regierungen, zu einer Verminderung der Weltarbeitslosigkeit zu kommen. Sonst würde ein noch größerer Kampf aller gegen alle entbrennen.**

## Gereke zum Sofortprogramm

**Arbeitsbeschaffungsdebatte im Sozialpolitischen Reichstagsausschuß.**

**Berlin, 11. Januar.**

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags gab Reichskommissar Dr. Gereke einen Ueberblick über die Maßnahmen, die im Rahmen seines Sofortprogramms durchgeführt werden sollen. Die Finanzierung der dafür vorgesehenen 500 Millionen Mark sei gesichert. Zunächst sollten die Arbeiten durchgeführt werden, die absolut notwendig seien, die aber aus Mangel an Mitteln nicht durchgeführt werden konnten

**Mit aller Bestimmtheit wandte sich der Reichskommissar gegen die in einem Teil der Presse ausgesprochene Forderung, von einem öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm überhaupt abzusehen. Auf Grund der Richtlinien seien schon jetzt mehr Anforderungen eingegangen, als aus dem Soforiprogramm befriedigt werden können.**

Das spreche dafür, daß die Darlehensbedingungen tragbar seien. Eine besondere Erleichterung sei auch durch die Karenzzeit geschaffen worden. Ob die Einstellungsprämie aufrechterhalten werden könnte, wenn der Arbeitsmarkt durch öffentliche Aufträge entlastet werde, stehe noch dahin. Endgültige Beschlüsse lägen in dieser Hinsicht noch nicht vor. Regierung und Parlament hätten schließlich darüber zu entscheiden. Für einen Teil der Gemeinden würden auch nach seiner Auffassung die erleichterten Bedingungen der Durchführungsbestimmungen unannehmbar sein. Aber für solche Fälle sei ja ein besonderes Ausnahmeverfahren vorgesehen, bei dem schließlich die Regierung noch leichtere Bedingungen festsetzen könne. Aber solche Sondermaßnahmen seien nur möglich, wenn die Lage einer Einzelgemeinde wirklich hoffnungslos sei; denn sonst würde bei manchen Gemeinden eine laxe Auffassung entstehen.

**In den 6 v. H. „Rente" sei auch die Tilgung der Darlehen enthalten. Was den von der Rentenbankkreditanstalt als untere Grenze für Kredite festgesetzten Betrag von 5000 Reichsmark betreffe, so sei das nur die Regel. Es sei damit nicht ausgeschlossen, daß die Rentenbankkreditanstalt in Ausnahmefällen auch kleinere Summen als Darlehen gewähre.**

In der Aussprache gab der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Dr. Brauns (Ztr.), der Hoffnung Ausdruck, daß das Sofortprogramm von 500 Millionen nur der Auftakt zu weiteren Bemühungen sein werde. Vermeiden müsse man vor allen Dingen eine Fehlleitung der Mittel.

Abg. Graßmann (Soz.) verlangte die Aufhebung der Einstellungsprämie. Das wichtigste Mittel zur Behebung der Erwerbslosigkeit sei die Arbeitszeitkürzung.

Abg. Dreher (Nat.-Soz.) kritisierte die Einstellungsprämie als unerhört einseitig. Der Fehler des Gereke-Programms liege darin, daß es unrentable Arbeiten fördern wolle, z. B. Straßen, Brücken usw. Solche gemeinnützigen Arbeiten, die nichts einbrächten, müßten im Arbeitsdienst ausgeführt werden.

Abg. Dr. Agena (Dnat.) bezweifelt einen wirklichen Erfolg jeder Siedlungspolitik, so lange die Landwirtschaft nicht rentabel sei.

## Hitler in Berlin

**Aussprache mit dem Reichstagspräsidenten Göring.**

**Berlin, 11. Januar.**

**Adolf Hitler ist zu einem kurz bemessenen Aufenthalt in Berlin eingetroffen. Von nationalsozialistischer Seite liegt dazu eine Mitteilung vor, nach der Adolf Hitler seine Tätigkeit im lippeschen Wahlkampf kurz unterbrochen hat, um in Berlin politische Besprechungen zu führen. Solche Besprechungen wird Hitler mit dem Reichstagspräsidenten Göring haben, der dieser Tage von einer Reise nach Schweden zurückgekehrt ist. In der Begleitung Adolf Hitlers befinden sich die Herren seiner ständigen Umgebung sowie Dr. Goebbels.**

## Die Neugestaltung Berlins

**Der Bericht des Oberpräsidenten dem preußischen Innenminister zugeleitet.**

**Berlin, 11. Januar.**

Wie von zuständiger preußischer Stelle mitgeteilt wird, ist der Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin über die Umorganisation Groß-Berlins dieser Tage dem kommissarischen preußischen Innenminister Dr. Bracht zugeleitet worden. Die Entscheidung Dr. Brachts wird in etwa 14 Tagen erwartet. Wahrscheinlich wird die Beschlußfassung durch das gesamte Staatsministerium erfolgen.

## Arbeitszeit-Konferenz

**Beginn der Genfer Beratungen. — 34 Staaten vertreten.**

**Genf, 11. Januar.**

Die vom Internationalen Arbeitsamt einberufene Vorkonferenz für die internationale Einführung der 40stündigen Arbeitswoche in der Industrie begann in Anwesenheit von Vertretern der Regierungen, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer aus 34 Staaten. Im ganzen sind 70 Delegierte mit 75 Sachbearbeitern erschienen. Die deutsche Regierung hat den Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium, Dr. Sitzler, entsandt, die deutschen Arbeitgeber sind durch Kommerzienrat Vogel-Chemnitz, die deutschen Arbeitnehmer durch den hessischen Innenminister Leutschner vertreten.

## Rußland ist gerüstet

**Der Fünfjahresplan zu 93,7 Prozent erfüllt. — Umstellungen auf Rüstungsbedarf.**

**Moskau, 11. Januar.**

Stalin berichtete im Zentralexekutivkomitee und im Kontrollausschuß über die Durchführung des Fünfjahrplanes. Danach ist dieser Plan zu 93,7 Prozent erfüllt. Die industrielle Produktion ist im Verhältnis zur Gesamterzeugung von 48 Prozent im Jahre 1928 auf 70 Prozent im Jahre 1932 gestiegen.

**Den Ausfall von 6,3 Prozent bei der Durchführung des Fünfjahrplanes führte Stalin auf das Nichtzustandekommen von Nichtangriffspakten mit verschiedenen Ländern und auf die Verwicklungen im Fernen Osten zurück. Eine Anzahl Fabriken habe sich infolge dieser Lage auf die Herstellung von Rüstungsbedarf umstellen müssen.**

Die Schwerindustrie müsse wegen ihrer Schlüsselstellung und der Notwendigkeit für Rußland, gegen feindliche Angriffe gerüstet zu sein, bevorzugt werden; andernfalls würde seine Lage der Chinas gleichkommen. Ueber die Entwicklung der Landwirtschaft teilte Stalin mit, gegenwärtig bestünden in Rußland 200 000 Kollektivwirtschaften und etwa 5000 Staatsgüter. Zunächst seien die Kollektiven größtenteils noch unrentabel.

## Die Japaner südlich der Großen Mauer

**Alarmbereitschaft der chinesischen Armee.**

**Tokio, 11. Januar.**

Wie aus Tschintschau gemeldet wird, hat eine japanische Kavallerieabteilung das Städtchen Tschiumankau, das in der Nähe von Schanhaikwan auf der chinesischen Seite der Großen Mauer liegt, ohne Schwertstreich besetzt. Die Besetzung dieses Ortes, der einen Engpaß beherrscht, wird von japanischer Seite mit der Notwendigkeit begründet, das weitere Eindringen von Truppen Tschanghsuehliangs in die Provinz Jehol zu verhindern.

**Nach einer Meldung aus Nanking hat der Kriegsrat beschlossen, an die chinesische Armee einen Kundbefehl zu erlassen, der die Alarmbereitschaft sämtlicher chinesischer Truppen anordnet. Es heißt darin, daß der Marschbefehl täglich zu erwarten sei.**

## 30 Tote in Spanien

**Madrid, 11. Januar.**

**Nach den letzten Nachrichten soll sich die Zahl der bei den neuen Unruhen in Spanien ums Leben gekommenen Personen auf mehr als 30, die der Verletzten auf 50 belaufen. Ein Teil der Hauptstadt wurde infolge der Explosion eines Gasreservoirs in Dunkel gehüllt.**

In Sevilla wurden um Mitternacht mehrere Brände angelegt. In einem anderen Teil der Stadt steckten Terroristen mit Hilfe von Benzin einen großen Kaufladen in Brand und fügten einem Wächter, der einzugreifen versuchte, durch Revolverschüsse schwere Verletzungen zu. Um Mitternacht traten die Bäcker von Sevilla in den Streik. In Valencia wurden drei Polizisten getötet, als sie in die Ortschaft Bugarra eindrangen, wo die Aufständischen das Rathaus besetzt hatten.

## Danzig bleibt deutsch!

Aus Anlaß des 13. Jahrestags der Abtrennung Danzigs vom Reich veranstaltete der Verein für das Deutschtum im Auslande auf dem Langen Markt in Danzig eine machtvolle Jugendkundgebung. Senator D. Strunk, der Vorsitzende des Landesverbandes Danzig, erblickte in dem nationalen Aufbruch der deutschen Jugend das Sinnbild einer glücklicheren Zukunft. Nachdem ein Vertreter der Danziger Jugend ein Treuegelöbnis abgelegt hatte, hielt Kultussenator Dr. Winderlich die Festrede.

Redner stellte fest, daß Danzig durch den Versailler Vertrag aus seiner Entwicklung herausgerissen worden ist. Heute wolle die deutsche Jugend der Stadt Danzig zeigen, daß ihr das Deutschtum ein heiliges Vermächtnis ist. Die Kundgebung solle auch der Erkenntnis dienen, daß Danzigs und des Ostens Schicksal deutsches Schicksal sei. Die Danziger fühlten, daß sie auf einen Vorposten des Deutschtums gestellt seien, der zum Wachsen und verantwortungsbewußten Handeln zwinge. Das Gedeihen der Freien Stadt Danzig sei ohne inneren Rückhalt am deutschen Wesen undenkbar. Danzig fühle sich aufs engste mit dem alten deutschen Vaterland in Treue verbunden.

### Verschiedenes.

**Die Evangelische Jugend Deutschlands,** die bekanntlich die Zusammenfassung der evangelischen Jugendverbände Deutschlands darstellt, ist für Mitte Januar durch ihren Vorsitzenden D. Stange nach Berlin einberufen worden, um vor allem die Frage zu behandeln: „Was lehrt die Aussprache von Soest die Evangelische Jugend Deutschlands?" Die Fragestellung nimmt Bezug auf eine lebhafte literarische Aussprache, die sich an die Haltung der evangelischen Gruppe bei dem neuerlichen großen Rundgespräch aller deutschen Jugendverbände anknüpfte. Es versteht sich von selbst, daß außerdem auch über die heutigen brennenden Aufgaben der Jugendverbände (Zukunft des Freiwilligen Arbeitsdienstes, Notwerk der deutschen Jugend, Geländesport usw.) verhandelt wird.

### Bethel.

**— Christlicher Verein junger Mädchen.**

Mittwoch abend: Bibelstunde — Herr Pastor Voigt.
Donnerstag abend: Singekreis.


Statt Karten!

Dr. med. Kuhl, Missionsarzt
Gertrud Kuhl, geb. Schwöbel

beehren sich, die Geburt ihres Sohnes Heinrich Martin anzuzeigen.

Kamachumu-Bukoba (ehem. Deutsch-Ostafrika), 4. Januar 1933.

Wir fordern

**Arbeit und Brot!**

Ein Warnruf an die Völker und ihre Führer von Bernhard Peters.

Broschiert 1.80, gebunden 2.70 Mk.

Wir sind der Auffassung, das uns in diesem Buche der beste Weg zur Rettung unseres Vaterlandes gezeigt wird.

**Buchhandlung W. Gauer, Wiedenest, Bez. Köln**

**Radio** Geräte erster Firmen
Reparaturen in eigener Werkstatt, schnell u. preiswert.
Spezialhaus Ingenieur P. WEBER, Kesselbrink-Ecke-Kavalleriestr.

**Haushaltungsschule und Haushaltpflegerinnen-Lehrgang**

der Westfälischen Diakonissenanstalt „Sarepta" in Bethel bei Bielefeld (staatlich anerkannt).

1. **Haushaltungsschule** (alle Berechtigungen der Frauenschule). Gründliche hauswirtschaftliche Ausbildung für Töchter evangelischer Familien, Vertiefung der Allgemeinbildung, Erziehung zu christlichen Persönlichkeiten. Durchbildung zum Beruf der Hausfrau, hauswirtschaftliche Vorbildung zum Beruf der Kindergärtnerin, Hortnerin, Haushaltpflegerin . . . .
2. **Halbjährige Sonderkurse für Abiturientinnen.** Beginn der Kurse April und Oktober.
3. **Einjähriger Lehrgang für Haushaltpflegerinnen** (Wirtschaftsleiterinnen) mit staatlicher Abschlußprüfung.

Näheres durch die Leitung der Schule.

19jähriges Mädchen (Lyzeum und Haushaltungsschule) sucht **Stelle als Haustochter** zur gründlichen Erlernung des Haushalts bei Familienanschluß (evtl. Zuzahlung). **Gerda Happe, Lüdenscheid (Westf.),** Karlsplatz 3.

**Inventur-Verkauf!**

**Kleiderstoffe** ganz besonders billig.

Beachten Sie bitte, unser großes Schaufenster.

**Ophir**
vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

**Winter in der Schweiz**
Herrl. alpine Sonnenlage, 1060 m. Trautes Familienleben. Liegekuren. Schneesport. Ausbildg. von Haustöchtern. Notzeitl. niedr. Preise. Ill. Prospekt v. Dr. R. Burckhardt, Pfr. Evang. Erholungsheim **Hasliberghaus** Goldern (Berner Oberland).

Edel-Bienen-Honig 9 oder 4,5 Pfd. netto Nr. 8,90 resp. 5,15 vorn. Kleo-Lindenbl Nr. 10,90 und 6,10 franko. Nachn. 30 Pfg. Garantie Zucker. Honig-Krieger, Soest-Land. 28

**Kinder**
jeden Alters finden Aufnahme, vorübergehend u. dauernd, sorgfältige körperl. u. geistige Pflege.
Ersatz des Elternhauses.
**Kinderhaus Heimgarten,** Gegr. 1905, **Jugenheim (Bergstr.) bei Darmstadt.**

**Stellengesuche und Angebote**
haben im „Aufwärts" großen Erfolg!


Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.